Büchereistandorte im Visier

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat das Handeln der Voerder Verwaltung unter die Lupe genommen. Einsparvorschläge gibt es auch für die Schwimmbäder

Von Petra Keßler

Voerde. Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat 2015 verschiedene Aufgabenbereiche der Stadt Voerde unter die Lupe genommen. Der mit einiger Spannung dazu erwartete Abschlussbericht liegt der Verwaltung seit rund einem Monat vor, seit gestern ist das 153 Seiten starke Werk öffentlich: Es kann auf der Internetseite der Stadt eingesehen werden. Als erstes politisches Gremium wird sich nächste Woche der Rechnungsprüfungsausschuss mit den Ergebnissen der Prüfung befassen. Der Bericht zielt darauf ab, die Verantwortlichen der Kommunen in Rat und Verwaltung insbesondere in Prozessen der Haushaltskonsolidierung zu unterstützen, wie es darin einleitend heißt.

Bei der Frage, wie sich der städtische Etat durch Aufwandsreduzierungen auf der einen und Ertragssteigerungen auf der anderen Seite entlasten lässt, rücken in dem Bericht auch für Voerde schon Altbekannte in den Fokus: So sollte die Kommune mit Blick auf die vorzuhaltenden Gebäude nach Möglichkeiten suchen, die Anzahl der Büchereistandorte zu reduzieren. In Voerde gibt es derer drei, was die GPA für auffällig hält. Auch wenn die Büchereien in Möllen und Friedrichsfeld nicht von der Stadt, sondern von Fördervereinen betrieben würden, so stelle die Kommune diesen die Gebäude zur Verfügung. Darüber hinaus zahle sie für einen vierten Büchereistandort – gemeint ist der ebenfalls von einem Förderverein betriebene in Spellen – einen freiwilligen Zuschuss. Ein Abbau von Büchereien ist das eine, zum anderen legt die GPA der Stadt nahe, im Bereich Kultur das ehrenamtliche Engagement weiter zu fördern. Aufgrund der „schwierigen Finanzsituation" werde es darauf in verstärktem Maße ankommen. Auch die Fläche (insgesamt 423 Quadratmeter), die der VHS zur Verfügung steht, bringt die GPA ins Spiel, führt hier an, dass sich für diese Art der Nutzung generell auch Schulgebäude eignen und bei Leerständen entsprechend in Anspruch genommen werden können.

Auf eine erneute Diskussion um das Freibad wird sich vermutlich in diesem Jahr der Förderverein einstellen müssen – zumindest dann, wenn die Stadt der Empfehlung der GPA folgt. Danach sollte die Kommune Möglichkeiten prüfen, wie sie das jährliche Defizit im Bäderbereich von insgesamt fast 800 000 Euro reduzieren kann und dabei auch „die Schließung von Einrichtungen in den Blick nehmen".

Eintrittspreise anheben

Ein weiterer Ansatzpunkt zur Optimierung wäre es nach Auffassung der GPA, die Eintrittspreise anzuheben. Die letzte Erhöhung gab es vor knapp sechs Jahren. Aktuell liegt der Eintrittspreis im Fall einer Zehnerkarte bei 2,80 Euro (Einzelkarte 3,60 Euro) für Erwachsene und 1,40 Euro (Einzelkarte 1,80 Euro) für Kinder und Jugendliche (6 bis 17 Jahre) – was die GPA als günstig einstuft. Ihrer Ansicht nach könnte eine moderate Erhöhung zu Mehreinnahmen führen, „ohne dass die Nachfrage dadurch stark sinken würde". Das Preis-/Leistungsverhältnis bleibe immer noch außerordentlich günstig. Die GPA vergleicht das Bäderangebot dabei mit anderen Freizeitgestaltungen: Für einen Kino-Besuch zum Beispiel seien nicht selten mehr als acht Euro zu zahlen. Die GPA geht auch für den Bäderbereich davon aus, dass es dort grundsätzlich möglich ist, die Personal- und Sachkosten durch ein stärkeres ehrenamtliches Engagement zu reduzieren. „Die Stadt sollte prüfen, inwieweit dies auch in Voerde möglich ist."

Fortsetzung **Lokalseite 4**

SECHS BEREICHE IM FOKUS

Auftrag der GPA NRW ist es, die Kommunen des Landes mit Blick auf Rechtmäßigkeit, Sachgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns zu prüfen. Dabei stehe die finanzwirtschaftliche Analyse im Vordergrund. Grund dafür sei die äußerst schwierige Finanzlage der Kommunen und der gesetzliche Anspruch, den kommunalen Haushalt stets auszugleichen.

Geprüft wurden die Bereiche Finanzen, Personalwirtschaft und Demographie, Sicherheit und Ordnung, Tagesbetreuung für Kinder, Schulen, Grünflächen.

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat das Verwaltungshandeln im Voerder Rathaus in einigen Bereichen unter die Lupe genommen. FOTO: HEIKO KEMPKEN

Personal: GPA rät zu Aufgabenkritik

Die Stadt Voerde sollte nach Auffassung der Gemeindeprüfungsanstalt die Leistungen der Verwaltung umfassend in den Blick nehmen

Fortsetzung von Lokalseite 1

Voerde. In ihrem Bericht stellt die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) Voerde auch in einen interkommunalen Vergleich: Nicht gut schneidet die Stadt nicht nur beim Blick auf das Jahresergebnis ihres Haushaltes ab. Die GPA bezieht sich hier auf 2012. In Voerde liegt das Defizit in dem Jahr bei 200 Euro je Einwohner und damit weit über dem Mittelwert von 53 Euro je Einwohner. Das Jahresergebnis 2012 – zwar eine Momentaufnahme, aber dennoch repräsentativ – zeige, dass die „Haushaltslage der Stadt Voerde auch im Vergleich zu anderen Städten „sehr ungünstig" sei.

Die GPA vergibt in ihrem Prüfbericht für die verschiedenen Handlungsfelder auch einen „Kommunalindex für Wirtschaftlichkeit" (kurz KIWI). Was die Haushaltssituation der Stadt betrifft, sieht sie einen „erheblichen Handlungsbedarf" (Index 1), die von ihr aufgezeigten Verbesserungsmöglichkeiten umzusetzen. Dabei führt sie unter anderem das bis 2012 um 32 Prozent (18 Mio. Euro) reduzierte Eigenkapital und die ein Jahr zuvor „vollständig aufgebrauchte" Ausgleichsrücklage an. Allerdings geht die GPA in ihrem Teilbericht zur Haushaltssituation noch von einer drohenden Überschuldung im Jahr 2019 aus. Diese soll mit Anhebung der Grundsteuer B auf 690 Prozent, die der Stadtrat am 25. November mehrheitlich auf den Weg brachte, abgewendet werden.

Ein Punkt bei der Konsolidierung des Haushalts sind die Personalkosten. Eine Empfehlung der GPA ist es, eine umfängliche Aufgaben- und Standardkritik vorzunehmen. Diese sei bisher bei der Stadt nicht erfolgt, lautet ihr Urteil.

Neben einer Vielzahl von Optimierungs- und Handlungsempfehlungen beinhaltet der Bericht der (GPA) auch aufschlussreiche Angaben zu der strukturellen Situation Voerdes. So liegt die Quote der SGB-II-Bezieher im Jahr 2014 mit 10,33 Prozent über der durchschnittlichen Quote aller mittleren kreisangehörigen Kommunen von 8,42 Prozent. Daran werde die soziale Lage in Voerde deutlich, die sich auch bei der Kaufkraft je Einwohner widerspiegele. Diese habe mit 20 506 Euro im Jahre 2015 „deutlich unter dem Mittelwert" von 21 850 Euro gelegen.

Die allgemeinen Deckungsmittel, bestehend aus der Gewerbe- und Grundsteuer, den Gemeindeanteilen aus der Einkommens- und Umsatzsteuer und den Schlüsselzuweisungen, liegen in Voerde je Einwohner bei 1154 Euro. Dieser Wert wurde auf Basis der Erträge in den Jahren 2011 bis 2014 ermittelt. Auch hier liegt Voerde weit hinter dem Mittelwert der vergleichbaren Kommunen von 1269 Euro je Einwohner.

Voerde ist älter als im Durchschnitt

Unterschiede zeigen sich auch im Bereich Demographie: Der Anteil der über 65-Jährigen in der Bevölkerung liegt 2014 bei 37,76 Prozent (Mittelwert: 35,58 Prozent), die unter 20-Jährigen machen in Voerde im gleichen Jahr einen Anteil von 29,32 Prozent aus (Mittelwert: 32,19 Prozent). „Es zeigt sich, dass die Bevölkerung in der Stadt Voerde im interkommunalen Vergleich der mittleren kreisangehörigen Städte 2014 älter ist als im Durchschnitt", bilanziert die GPA. Der Kommune attestiert sie, der Entwicklung nicht allein durch die Ausweisung neuer Baugebiete, sondern auch dadurch zu begegnen, dass sie barrierefreien, seniorengerechten Wohnraum im Bestand schaffen möchte. *P.K.*

THEMA AM 17. FEBRUAR IM RECHNUNGSPRÜFUNGSAUSSCHUSS

Als erstes politisches Gremium wird sich am Mittwoch, 17. Februar, der Rechnungsprüfungsausschuss mit dem GPA-Bericht befassen. Die Sitzung beginnt um 17 Uhr im kleinen Sitzungssaal des Rathauses (Zi. 137).

Auf der Internetseite der Stadt www.voerde.de unter der Rubrik „Ratsinformationssystem" ist der 153 Seiten starke Bericht der GPA einsehbar.

Die Prüfung in Voerde hat die GPA im Zeitraum März bis November 2015 vorgenommen. Für die interkommunalen Vergleiche hat sie überwiegend das Jahr 2013 verwendet. Das Ergebnis der Prüfung sei mit den beteiligten Beschäftigten in den betroffenen Organisationseinheiten erörtert worden.